



Arbeitsmarkt

# „Lehre ist die Basis für Karriere im Unternehmen“

**37 Prozent aller Top-Positionen werden von früheren Lehrlingen besetzt. Experten fordern eine Imagekorrektur.**

WIEN. Sie ist also wieder da: Ein Blick auf die Daten der Statistik Austria zeigt, dass Karriere mit Lehre mehr als ein Slogan ist. Gemäß der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2015 haben nämlich 37,2 Prozent aller Personen mit Leitungsfunktion im privaten und öffentlichen Sektor eine Lehrausbildung absolviert.

Nach Berufsklassifikation definieren sich 21,3 Prozent als Führungskräfte. „Natürlich sind das die besonders Engagierten“, sagt Maria Smodics-Neumann, Obfrau Gewerbe und Handwerk der Wiener Wirtschaftskammer. Und in bestimmten Sparten sei der Weg „Lehrling, Meister, Unternehmer“ vorgegeben: „Tischler lernt man nur im Betrieb.“ Doch auch in größeren Unternehmen würden die Kenntnisse des Praxiszugangs sehr geschätzt, so Smodics-Neumann.

Auch Eco-Austria-Chef Ulrich Schuh unterstreicht die Wichtig-

keit des österreichischen Lehrlingsystems: „Das ist eine internationale Besonderheit, die es nur noch in Deutschland und der Schweiz gibt.“ Die hohe Quote an Führungskräften mit Lehrlingsausbildung hänge zudem mit der österreichischen Unternehmensstruktur zusammen. Zählen doch laut Wirtschaftsministerium rund 323.600 heimische Betriebe zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – das sind 99,7 Prozent aller Unternehmen. In einer kleinen Firma sei auch das Hocharbeiten einfacher.

„In Österreich gelingt es besonders gut, Ausbildung mit Arbeitserfahrung zu verbinden“, sagt Schuh. Dabei sei der Einstieg ins Berufsleben über eine Lehre „das Natürliche“.

## „Mürbe“ Unternehmen

Angesichts dieser Zahlen müsse man jedoch versuchen, das „nicht angemessene Image“ der Lehrlingsausbildung wieder geradezubiegen, so der Wirtschaftsforscher: „Die Lehre ist die Basis für die Karriere in vielen Unternehmen, das muss man hervorheben und betonen.“

Man dürfe aber auch nicht außer Acht lassen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung Unternehmen „händeringend“ nach qualifizierten Lehrlingen suchen.

Auch die Ausbildung selbst habe einen negativen Beigeschmack, so Schuh. Smodics-Neumann bekräftigt: „Die kleinen Unternehmen sind schon ein bisschen mürbe.“ Denn, sei ein Lehrling einmal aufgenommen, könne man ihn nach der Probezeit nicht wieder loswerden: „Dabei geht es oft nur um die fehlende Motivation.“ (iw)

Wirtschaftspolitik

# Regierung umwirbt Industrie



Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Bundeskanzler Christian Kern suchen nach den besten Konzepten, um die Wirtschaft anzukurbeln.

**Lange hat die Regierung die Wirtschaft sträflich vernachlässigt. Nun bringt der Kanzler neuen Schwung in die politische Debatte: Die Industrie steht wieder im Mittelpunkt.**

WIEN. Österreich befindet sich am Wendepunkt. Damit sind gar nicht die erfreulichen Prognosen der Wirtschaftsforscher Wifo und IHS gemeint, die in den kommenden Jahren von einem BIP-Wachstum von mehr als 1,5 Prozent ausgehen. Vielmehr hat sich die Aufmerksamkeit der Politik in Richtung Wirtschaft verschoben. Die Regierung hat die Bedeutung der Industrie neu entdeckt und stellt sie in den Mittelpunkt des politischen Diskurses.

„Es ist klar, dass wir kurzfristig Maßnahmen brauchen, um die Wirtschaft zu unterstützen, damit sie Wachstum lukrieren kann“, sagt Bundeskanzler Christian Kern bei der Vorstellung des Wirtschaftsberichts 2016 in der Aula der Wissenschaften in Wien.

„Wir brauchen aber auch einen mittelfristigen Plan. Ich glaube nicht an die unsichtbare Hand des Marktes, man braucht eine Vorstellung davon, wie sich Wirtschaft entwickeln soll“, sagt der ehemalige ÖBB-Chef (siehe S. 19).

Konkret wird es erst im Herbst: Hinter den Kulissen arbeitet die Regierung an einem wirtschaftspolitischen Programm, dem von Kern versprochenen New Deal.

## Letzte Chance für Koalition

Dennoch griff der Kanzler in den vergangenen Tagen und Wochen vor und streute einige Ideen unter das Volk. Als langfristige Überlegung brachte Kern die Maschinensteuer und die Arbeitszeitverkürzung ins Spiel. Das fand bei der Industrie naturgemäß wenig Anklang, war aber auch eher an die eigene Klientel gerichtet und nicht als Vorschlag für die Regierungsarbeit gedacht.

Zumal Vizekanzler Reinhold Mitterlehner seine Ablehnung bereits am Sonntag in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ deutlich gemacht hat: „Parteilich bin

ich dankbar für den Vorschlag, aber wirtschaftspolitisch halte ich ihn für ein falsches Signal.“

So legte Kern eine realistische und industriefreundliche Idee nach, die auch in dem im Herbst präsentierten Programm enthalten sein soll: eine degressive Abschreibung für Ausrüstungsinvestitionen. Die niedrigeren Steuern in den ersten Jahren nach einer Beschaffung sollen Unternehmer dazu bringen, nicht mit Investitionen zu warten. Um den Anreiz zu erhöhen, soll die Maßnahme auf ein- bis zwei Jahre beschränkt werden. Die kurzfristigen Mehrkosten von bis zu 400 Millionen € will Kern mit den übrig gebliebenen Pensionszuschüssen in der Höhe von 250 Millionen € decken.

Nach der Veranstaltung vom WirtschaftsBlatt auf den Vor-

schlag des Kanzlers angesprochen, antwortet Mitterlehner knapp: „Das ist diskussionswürdig.“ Auch Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), gibt sich zurückhaltend: „Investitionsanreize sind mit Sicherheit sinnvoll. Es geht uns aber ums Gesamtpaket. Im OECD-Vergleich ist unsere Abgabenquote deutlich zu hoch. Deshalb sollten die Staatsfinanzen ausgabenseitig saniert werden, sprich Föderalismus-, Gesundheits- und Pensionsreform. Das muss Priorität haben und nicht neue Steuern.“ Sonst gibt sich Koren nach den Ansagen der vergangenen Tage optimistisch. „Die Bedeutung eines starken industriellen Sektors wurde von der Regierung deutlich gemacht. Nun ist es notwendig, die nächsten Schritte zu setzen. Denn eine zweite Chance wird es von den Wählern nicht geben.“

## Sommerpause naht

Doch abseits des „Wettstreits von Konzepten“, wie der Kanzler seine Idee zur Maschinensteuer bewertet, soll vor der Sommerpause auch Konkretes beschlossen werden: Erleichterungen bei der Start-up-Finanzierung und bei Anlagenehmigungen, Entrümpelung der Gewerbeordnung und der Sozialversicherungen.

KAMIL KOWALCZE  
kamil.kowalcze@wirtschaftsblatt.at

In Kürze

## Deutliches Gehaltsplus für mittleres Management

Die Gehälter der Besserverdiener sind heuer gegenüber 2015 zwischen zwei und 4,1 Prozent laut einer Kienbaum-Studie gestiegen. Die Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt plus variable Vergütung) eines Sachbearbeiters beträgt derzeit durchschnittlich 42.000 € brutto im Jahr; ein Geschäftsführer verdient im Schnitt rund 295.000 €. Am stärksten angehoben haben die Firmen die Gehälter der Gruppen- und Teamleiter mit einem Plus von 4,1 Prozent. Spezialisten verdienen jährlich rund 59.000 € und Teamleiter 92.000 €. Abteilungsleiter haben im Schnitt 124.000 € auf dem Lohnzettel stehen und Bereichsleiter 179.000 €. (apa)

## AWS steigt bei Wiener Bootsvermietung ein

Der staatliche AWS Gründerfonds beteiligt sich an der Wiener Online-Bootsvermietung Zizoo. Mit an Bord sind noch die Mediengruppe Mairdumont Ventures sowie die Vorarlberger Russmedia Digital und die deutsche Axel Springer Digital Ventures und Axel Springer Plug and Play Accelerator sowie europäische und amerikanische Business Angels, teilte AWS am Montag in einer Aussendung mit. (apa)

## Bei Bank-Austria-Mutter beginnt interner Umbau

Der designierte UniCredit-Chef, Jean-Pierre Mustier, ist zwar erst ab dem 12. Juni offiziell im Amt, der französische Manager macht sich jedoch schon diese Woche an die Arbeit, um seine Agenda für die nächsten Wochen festzulegen. Bei der Bank-Austria-Mutter wird inzwischen mit einer Personalrochade gerechnet. Mustier soll Iniskretionen zufolge von Société Générale seine „rechte Hand“, Olivier Khayat, nach Mailand holen, um die Corporate- und Investment-Banking-Abteilung (CIB) wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Dies sollte zur Trennung vom jetzigen CIB-Chef, Gianni Franco Papa, führen. Auch die beiden stellvertretenden Generaldirektoren Paolo Fiorentino und Marina Natale könnten laut Medienangaben ausgewechselt werden. Mustier beginnt diese Woche eine Reihe von Konsultationen mit den Boardmitgliedern. (mt)

## Kein Öxit für Österreich

Die Regierung bekennt sich klar zur EU-Mitgliedschaft. „In Zeiten wie diesen ist es wichtig, in einer großen Solidargemeinschaft zu leben“, so Vizekanzler Reinhold Mitterlehner. Kanzler Christian Kern ergänzt: „Wenn man seine sieben Sinne beieinander hat, kann es keine Fundamentaldiskussion über eine EU-Mitgliedschaft

geben.“ Großbritannien hätte mit dem Brexit das politische System destabilisiert und die Wirtschaft „von Platz fünf auf Platz sieben runtergespacer“. Daher habe er kein Verständnis für eine Diskussion über einen Öxit. „Unser Verantwortungsbewusstsein erlaubt nicht, dass wir die Karre an die Wand fahren“, sagte Kern salopp.